

Jahre 1991 auf 38 erhöht. Von den insgesamt 29 an der Börse zugelassenen Aktiengesellschaften wurden 29 A-Aktien für inländische Kapitalanleger und neun B-Aktien ausgegeben, die für den Verkauf an ausländische Investoren bestimmt sind. Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Wert des täglichen Aktienumsatzes von rund 5 Mio.US\$ auf 60 Mio.US\$. In diesem Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Aktienbesitzer von 30.000 auf 1,2 Mio.(XNA, 5.12.92)

Nach Einschätzung chinesischer Experten sieht sich der Shanghaier Aktienmarkt jedoch einer Reihe von Problemen gegenüber. Dazu zählten insbesondere unzureichende Bestimmungen über die Durchführung des Börsenmanagements, vorschriftswidrige Operationen der Aktiengesellschaften, Mangel an Markttransparenz und starke Abweichungen von internationalen Rechnungsführungs- und Buchprüfungsstandards. Auch die Erstaussgabepreise für die A-Aktien seien tendenziell zu hoch und der Verkauf von B-Aktien verlief nicht reibungslos. (XNA, 6.12.92) -schü-

---

## Taiwan

---

\* (31)

### Große Stimmenverluste der Regierungspartei bei Parlamentswahl

Am 19. Dezember 1992 wurde der Gesetzgebungs Yuan (das Parlament der Republik China) zum ersten Mal seit 44 Jahren vollständig neu gewählt. Nachdem alle im Jahre 1948, als die Regierung noch auf dem chinesischen Festland war, gewählt betagten Abgeordneten Ende 1991 infolge einer revidierten Entscheidung des Komitees der höchsten Richter (Verfassungsgericht) in den Ruhestand getreten waren, blieben noch 125 in Taiwan gewählte ergänzende Abgeordnete im Haus. Für das neue Parlament, den 2. Gesetzgebungs Yuan, gibt es insgesamt 161 Sitze, davon werden 125 in 29 Wahlkreisen durch Direktwahl bestimmt. Ferner gibt es noch 30 überregionale und 6 überseechinesische Mandate, die über Parteilisten im Verhältnis der bei den direkten Wahlen errungenen Stimmzahlen unter denjenigen Parteien aufgeteilt werden, die mindestens fünf Prozent der gültigen Stimmen erhalten haben.

Bei den neuen Wahlen vom 19. Dezember sind 72,02% der über 13,4 Mio. Wahlberechtigten zur Urne gegangen. Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen 53,02% auf die Regierungspartei KMT (Kuomintang), 31,03% auf die größte Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party), 1,33% auf die CSDP (Chinese Social Democratic Party) und 0,59% auf die anderen Parteien. Darüber hinaus wurden noch 14,03% der Stimmen an unabhängige Kandidaten abgegeben. Zieht man nur die Stimmen für die Parteikandidaten in Betracht, die für die Proporz aufteilung der überregionalen und überseechinesischen Mandate maßgebend sind, dann sehen die Stimmenanteile der Parteien so aus: KMT 61,67%, DPP 36,09%, CSDP 1,55% und die anderen Parteien 0,09%. (LHB, 20.12.92; FCJ, 22.12.92; CP, 22.12.92)

Im Vergleich zu den Wahlen der ergänzenden Mitglieder desselben Hauses vor drei Jahren ist der Anteil der KMT an den gesamten gültigen Stimmen diesmal um 7,81% gesunken, hingegen hat der Anteil der DPP um 2,83% zugenommen. Bei den Wahlen zur 2. Nationalversammlung Ende 1991 hatte die KMT noch einen hohen Stimmenanteil von 71,17% und die DPP einen niedrigen von nur 23,94%. (Vgl. C.a., Dez. 1989, S.934 ff., und Dez. 1991, S.780 ff.) Jedoch ist anzumerken, daß diesmal 43 KMT-Mitglieder ohne Unterstützung der Partei als "unabhängige" Kandidaten an den Wahlen teilnahmen und zusammen 7,5% der Stimmen erhielten. Sieben von ihnen wurden sogar gewählt. Einer der Gewählten, der zwar von der KMT als Kandidat aufgestellt war, wurde allerdings später aus der Partei wegen disziplinarischer Strafmaßnahmen ausgeschlossen. Aber technisch wurden sein Stimmenanteil noch der Partei zugerechnet. Schließt man alle Stimmen der Parteimitglieder ein, die als "unabhängige Kandidaten" in den Wahlen antraten, dann hatte die KMT einen Anteil von 60,5% an allen abgegebenen gültigen Stimmen, was in etwa dem Ergebnis von 1989 entspricht.

Bei der DPP gab es auch 8 solche "unabhängige" Kandidaten, die insgesamt 78.638 oder 0,8% der gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnten, doch wurde keiner von ihnen gewählt. Der tatsächliche Stimmenanteil der DPP mit 31,9% weicht somit nicht weit von dem nominell offiziellen Ergebnis ab.

Von den 161 Gewählten gehören also 102 zur KMT (79 direkt gewählte regionale, 19 und 4 über die Parteiliste

per Proporzwahl gewählte überregionale bzw. überseechinesische Mandate), 50 zur DPP (37, 11 und 2), 1 zur CSDP und 8 sind echte parteilose, unabhängige Mandate. Im Vergleich zum Stand vor den Wahlen ist der Sitzanteil der KMT von 74,4% auf 63,35% gefallen, hingegen hat die DPP ihren Sitzanteil von 14,4% auf 31,05% verbessert.

Die Stimmenverluste der KMT sind vor allem auf ihre Spaltung in den Wahlen zurückzuführen. Seit der Nationalversammlungswahl 1991 gibt es innerhalb der Partei zwei informelle Gruppen, die man als "Hauptströmung" (Zhuliupai) und "Nicht-Hauptströmung" (Feizhuliupai) bezeichnet. Die erste Gruppe um den Parteivorsitzenden und Präsidenten Li Denghui (Lee Teng-hui) neigt zum Verzicht auf eine Einigung Taiwans mit dem chinesischen Festland, während die zweite Gruppe um Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun) die chinesische Einheit nicht aufgeben möchte. Bei der Aufstellung der Parteikandidaten hat die Führung deutlich die Angehörigen der "Hauptströmung" bevorzugt; viele Anhänger der "Nicht-Hauptströmung" waren somit gezwungen, ohne Unterstützung und Zustimmung der Partei als "unabhängige" Kandidaten anzutreten.

Im Wahlkampf vertraten die Kandidaten der "Hauptströmung" sowie der Opposition die Parole "ein China, ein Taiwan" (Yizhong yitai) und griffen Ministerpräsident Hao an. Hingegen richteten die Kandidaten der "Nicht-Hauptströmung" in ihrer Wahlpropaganda Appelle zur Aufrechterhaltung der chinesischen Einheit und Fortsetzung des Kabinetts von Hao an die Wähler und schnitten damit überraschend gut ab. Zhao Shaokang (Jaw Shau-kang) und Wang Jianxuan (Wang Chien-shien), die kurz vor den Wahlen von ihrem Amt als Vorsitzender des Komitees für den Umweltschutz bzw. Finanzminister zurückgetreten waren und zur "Nicht-Hauptströmung" zählten, kamen landesweit bzw. in der Hauptstadt Taipei auf das beste Ergebnis. Tief enttäuscht ist die Gruppe der "Hauptströmung", da viele ihrer Anhänger nicht durchkamen oder es nur knapp schafften. Dies gilt nach allgemeiner Meinung auch als persönliche Niederlage des Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Li Denghui. Der Generalsekretär der KMT, Song Chuyu (James C.Y. Song), ein Vertrauter von Li, hat als Konsequenz des Wahlausgangs seinen Rücktritt angekündigt.

Wie in der Vergangenheit war auch diesmal von massiven Stimmenkäufen die Rede. Doch interessanterweise wurden zahlreiche von der KMT nominierte finanzkräftige Kandidaten nicht oder ohne glänzendes Ergebnis gewählt. Im osttaiwanesischen Kreis Hualian wurde darüber hinaus Wahlmanipulation festgestellt. Nach den Ermittlungen des Staatsanwalts wurden dort 738 Stimmen zuviel gezählt. Eines der beiden hier gewählten KMT-Mandate hat mit einer Mehrheit von nur 63 Stimmen den DPP-Kandidaten Huan Xinjie (Huang Hsin-chieh), ehemaliger Parteivorsitzender, geschlagen. Eine Korrektur durch Richter oder eine neue Teilwahl ist wahrscheinlich. Aber dies würde das Gesamtwahlergebnis nur wenig verändern. Die KMT behält trotz großer Stimmen- und Sitzverluste im Gesetzgebungs Yuan ihre absolute Mehrheit, und die "Hauptströmung" bleibt trotz der verstärkten Position der "Nicht-hauptströmung" weiter die führende Kraft der Regierungspartei. -ni-

\*(32)

#### Uneinigkeit in Bonn über Waffenexport nach Taiwan

Einer SZ-Meldung (19./20.12.92) zufolge hat der Bundessicherheitsrat in Bonn, ein geheim tagender Ausschuss des Bundeskabinetts, die Entscheidung über die Genehmigung eines Rüstungsgeschäfts mit Taiwan über 12,5 Mrd. DM am 18. Dezember auf den 28. Januar 1993 vertagt. Es handelt sich dabei um die Lieferung von zehn U-Booten und zehn Fregatten. Taiwan gilt nach den deutschen Exportregeln als Spannungsgebiet und steht auf der "H-Liste" von Staaten, für die Rüstungsexporte besonders restriktiv gehandhabt werden. Der Bundessicherheitsrat, so heißt es, hatte im Februar 1992 bereits das Waffengeschäft abgelehnt. Offenbar nachdem die USA und Frankreich kürzlich die Lieferung von 150 F-16- und 60 Mirage-2000-5-Kampfflugzeugen an Taiwan im Wert von 6 Mrd. US\$ bzw. 2,6 Mrd. US\$ beschlossen hatten, kam das deutsche Geschäft wieder in Bewegung. Ende November ging im Bundeskanzleramt eine erneute Anfrage eines deutschen Werftenkonsortiums mit der Bitte um eine Entscheidung bis zum 15. Dezember ein. Die Unternehmen sind die Howaldtswerke Deutsche Werft AG, Blohm und Voss, die Thyssen Nordseewerke sowie ein großes deutsches Stahlunternehmen. Bundeskanzler

Kohl hatte damals versprochen, einen Beschluß nach seiner Moskaureise zu fassen.

Im Februar 1992 war die Genehmigung vor allem am Widerstand des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher (FDP) gescheitert. Kohl hatte daraufhin erklärt, er betrachte die Ablehnung nicht als endgültig. Die neue Verschiebung des Beschlusses im Bundessicherheitsrat kam aufgrund der harten Ablehnung von Genschers Nachfolger Außenminister Klaus Kinkel (FDP) zustande. Im Gegensatz zu Kinkel plädierte der zu der Zeit noch amtierende Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP) in der Diskussion nachhaltig für das Geschäft. Möllemann hatte im November 1992 bei seiner Asienreise auch auf Taiwan Station gemacht. Dabei sei ihm verdeutlicht worden, so heißt es, daß die Regierung in Taipei die Genehmigung für die Lieferung von Kriegsschiffen als Schlüssel für weitere Milliardenaufträge über zivile Bauprojekte im Rahmen des taiwanesischen Sechsjahresplanes mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 8.200 Mrd. NT\$ (umgerechnet rd. 328 Mrd. US\$) für die deutsche Wirtschaft betrachte. Deutsche, Franzosen und Japaner wetteifern besonders um die Auftragsvergabe für eine Hochgeschwindigkeitsbahn zwischen Taipei und Kaohsiung (Gao-xiong) mit einem Kostenvoranschlag von 430 Mrd. NT\$ (17,2 Mrd. US\$).

Nicht nur innerhalb der Bundesregierung, sondern auch bei der Opposition ist die Meinung zu dieser Frage gespalten. Der SPD-Außenpolitiker Norbert Gansel befürchtet neben politischen und moralischen Bedenken wirtschaftliche Gegenmaßnahmen von Beijing im übrigen Handel mit Deutschland. Demgegenüber haben sich die norddeutschen SPD-Ministerpräsidenten Gerhard Schröder (Niedersachsen), Björn Engholm (Schleswig-Holstein), Henning Voscherau (Hamburg) und Klaus Wedemeier (Bremen) für das Waffengeschäft ausgesprochen. Sie erhoffen sich von den Aufträgen für die in ihren Ländern beheimateten Werften sichere Arbeitsplätze. (SZ, 17.12.92)

Als Reaktion auf die französische Lieferung von modernen Mirage-Kampfflugzeugen an Taiwan hat Beijing die Schließung des französischen Generalkonsulats in Guangzhou (Kanton) angeordnet sowie französische Unternehmen von der Beteiligung am U-Bahn-Projekt in der Stadt (1 Mrd. US\$)

ausgeschlossen. (LHB, 24.-25.12.92; FT, 20.12.92) Man betrachtet dies auch als eine indirekte Warnung an die Deutschen. (SWB, 29.12.92) -ni-

\*(33)

#### Wirtschaftszielplan für 1993

Das CEPD (Council for Economic Planning and Development) des Exekutiv Yuan hat am 9. Dezember auf einer Sitzung den Wirtschaftszielplan für 1993 verabschiedet. Danach wird ein Jahreswachstum von 7% erwartet. Somit soll das Pro-Kopf-BSP 11.000 US\$ erreichen. Die Verbraucherpreise sollen nicht über 3,5% steigen. Das Wachstum stützt sich, so heißt es, allein auf den Inlandsbedarf. Wachstumsziele der einzelnen Wirtschaftssektoren werden bei den Dienstleistungen auf 8,3% und bei der Industrie auf 6,5% festgesetzt. Bei der Landwirtschaft wird kein Wachstum erwartet.

Zum Außenhandel 1993 sagte das CEPD einen weiteren Rückgang des Exportüberschusses auf 9,68 Mrd. US\$ voraus. Damit wird der Anteil des Handelsüberschusses am BSP von 2,7% (1992) auf 2,1% fallen. Der Überschuß von 1992 wurde auf 10,43 Mrd. US\$ geschätzt, 27,7% niedriger als im Vorjahr. Er hat zur Wirtschaftszuwachsrate (1992) einen Minusbeitrag von 1,9% geleistet, und 1993 wird ebenfalls ein Minusbeitrag in Höhe von 0,4% erwartet.

Die Wirtschaftszuwachsrate von 1992 liegt nach Schätzung des CEPD bei 6,1%. Hauptsächlich aufgrund der Verzögerung öffentlicher Bauprojekte kann das Planziel von 7% nicht erreicht werden. Aufgrund der galoppierenden Preise für Agrarprodukte infolge des schlechten Wetters liegt die zu erwartende Inflation von 1992 mit 4,5% höher als die ursprüngliche Schätzung von 3,5%. (LHB, 10.12.92) -ni-

---

## Hongkong

---

\*(34)

#### Noch keine Versöhnung zwischen Beijing und Hongkong in Aussicht

Im Laufe des Berichtsmonats Dezember ließ sich immer noch keine Lösung des Streits zwischen der chinesischen